



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

# EU-Regionen in äußerster Randlage

*"Die Regionen in äußerster Randlage haben beachtliche Stärken, die für die Zukunft der EU von Wert sind: die Talente ihrer Frauen und Männer, ihre Agrar-, Fischerei- und Industrieerzeugnisse, ihr Qualitätstourismus und ihre geografische Lage als Plattformen Europas in ihrer jeweiligen Nachbarschaft. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Regionen fühlen sich 100% europäisch."*

Henri Malosse, EWSA-Berichterstatter zum Thema EU-Regionen in äußerster Randlage

## Einleitung

Geografisch liegen die Regionen in äußerster Randlage der Europäischen Union Tausende von Kilometern von Brüssel und dem europäischen Festland entfernt, doch administrativ sind sie genauso ein Teil der EU wie Berlin oder Paris. Ihre Verbindung mit Europa geht über Jahrhunderte zurück. Derzeit gehören dazu:

- die **Kanarischen Inseln** – eine spanische Autonome Gemeinschaft im Nordatlantik;
- **Madeira** und die **Azoren** – autonome Regionen Portugals im Nordatlantik;
- **Martinique, Guadeloupe, Französisch-Guayana, La Réunion** und **Saint-Martin** – französische Übersee-Départements in der Karibik bzw. im Indischen Ozean.

Die Bürgerinnen und Bürger dieser Regionen machen zwar weniger als 1% der EU-Bevölkerung aus. Sie haben jedoch genau dieselben Rechte und Pflichten und unterliegen denselben rechtlichen Rahmenbedingungen wie ihre Mitbürger in den 27 Mitgliedstaaten.

## Warum Handlungsbedarf besteht

Wirtschaftlich gesehen sind die Regionen in äußerster Randlage labil/instabil. Die meisten dieser Inseln haben einen großen Anteil junger, hochqualifizierter Bürgerinnen und Bürger, was für Europa mit seiner alternden Bevölkerungen ein großer Trumpf sein könnte. Ihr Entwicklungsniveau ist höher als das ihrer geografischen Nachbarn in Afrika oder der Karibik – eher vergleichbar mit denen ihres Mutterlandes in der EU. So verfügen die Kanarischen Inseln in Bereichen wie erneuerbare

Energie und Wasserbewirtschaftung über hochentwickelte Forschungskapazitäten, und Madeira ist die zweitreichste Region Portugals mit einem BIP über dem EU-Durchschnitt. Doch ihr relativer Wohlstand isoliert sie von den benachbarten Ländern und behindert die Mobilität innerhalb von Regionen.

Infolgedessen ist die Arbeitslosigkeit insbesondere unter jungen Menschen dort bis zu dreimal höher als im EU-Durchschnitt. Die Volkswirtschaften der Regionen in äußerster Randlage sind stark vom öffentlichen Sektor abhängig, wobei ein Drittel des BIP von europäischen Investitionen kommt.

Dank seiner Kontakte mit der Zivilgesellschaft weiß der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, dass sich die Menschen in diesen Regionen als Europäer fühlen und eine gleichberechtigte Behandlung erwarten. Sie beklagen jedoch, dass die politischen Entscheidungsträger in Brüssel ihre besonderen geografischen und klimatischen Bedingungen außer Acht lassen und es versäumen, sie etwa zu Handels- oder bilateralen Fragen zu konsultieren, die ihre Wirtschaft betreffen (z.B. bei Verhandlungen mit den AKP-Staaten). Gleichzeitig wollen sie in ihrem regionalen Umfeld durch die direkte Zusammenarbeit mit Nachbarländern aktiv sein.

Die EU hat die Pflicht, den Bestrebungen der Menschen in den Regionen in äußerster Randlage Rechnung zu tragen.

## Die Politik der Europäischen Union

Im Juni 2012 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung, um den Regionen in äußerster Randlage "zu mehr Autonomie und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zu verhelfen und sie besser in der Lage zu versetzen, dauerhafte Arbeitsplätze

zu schaffen, indem ihre einzigartigen Gegebenheiten und ihr Mehrwert für die EU genutzt werden". Darin wurde zugesagt, dass die Interessen dieser Regionen besser berücksichtigt würden und ihnen ein höherer Stellenwert verliehen würde.

Die Vorschläge umfassten Finanzinvestitionen durch die Kohäsionspolitik der EU samt einer Unterstützung für junge Berufseinsteiger aus dem Europäischen Sozialfonds. Neben Maßnahmen zur Modernisierung traditioneller Branchen wurde vorgeschlagen, "intelligentes" Wachstum durch neue Technologien und Unternehmertum zu propagieren. "Die Kommission wird ihre Bestrebungen zur besseren Einbindung der Regionen in äußerster Randlage in den Binnenmarkt und in ihren Teil der Welt mit regelmäßigen Sitzungen einer entsprechenden dienststellenübergreifenden Gruppe fortführen", so die Verpflichtung.

## Der Standpunkt des EWSA

"Die Priorität der EU gegenüber den Regionen in äußerster Randlage muss heute darin bestehen, die Verbindungen dieser Regionen mit dem europäischen Kontinent und das Zugehörigkeitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zum Projekt Europa zu stärken", fordert der EWSA in seiner neuen Stellungnahme *Regionen in äußerster Randlage – intelligentes Wachstum*. In Bereichen wie Biodiversität, Erdbeobachtung, erneuerbare Energien sowie kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt haben die Regionen in äußerster Randlage Europa in der Tat viel zu bieten.

Schon seit 20 Jahren unterstützt der EWSA die Zivilgesellschaft in diesen Regionen in ihrem Bemühen um eine engere Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen. Doch trotz der Warnungen des Ausschusses vor den potenziell negativen Auswirkungen einiger EU-Handelsabkommen sind die Konsultationen weiterhin unzureichend. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, die Regionen in äußerster Randlage von wichtigen EU-Politikfeldern wie Forschung und Mobilität auszuschließen, fügt der EWSA hinzu. Er kritisiert an der Mitteilung, dass die Partnerschaft der EU mit der Zivilgesellschaft vernachlässigt wird und es an Projekten fehlt, um das Gefühl der Zugehörigkeit zur EU bei der Bevölkerung etwa durch Informationskampagnen zu stärken. "Die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Strategie der EU muss mehr sein als nur ein Schlagwort."

In den letzten Monaten, als die Staats- und Regierungschefs der EU über die Größe des Haushalts für den kommenden Siebenjahreszeitraum (2014-2020) rangen, haben diese Regionen darum gekämpft, ihren Anteil der Finanzierung beizubehalten. "Trotz der sehr angespannten Haushaltslage darf die spezifische Unterstützung für die Regionen in äußerster Randlage nicht

verringert werden", erklärt Berichterstatter Henri Malosse. Die EU muss auch die Verzögerungen und überlangen Fristen bei der Vergabe der Mittel angehen.

Um jungen Menschen zu einer Arbeit zu verhelfen, sollten Bildung und Ausbildung eine der drei Prioritäten für die EU sein, so der EWSA. Die zweite Priorität sollte darin bestehen, KMU und Wohlstand fördernde Branchen wie den Tourismus zu fördern. Drittens muss die EU in große Netze wie IKT, Verkehr, Abfall, Wasser und Energie investieren. Insgesamt begrüßt der EWSA, dass die EU die Bedeutung der sozialen Dimension bei der Entwicklung der Regionen in äußerster Randlage anerkennt. "Kein EU-Bürger darf ausgeschlossen werden und den Anschluss an die Entwicklung verlieren", betont er.

Für die Volkswirtschaften der Regionen in äußerster Randlage ist die Landwirtschaft überlebenswichtig. Doch EU-Interventionen über das POSEI-Programm konzentrieren sich zu stark auf Zucker und Bananen – die Entwicklung eines breiter gefächerten Angebots an Produkten wie Vanille, Obst und Gemüse sowie Fisch bleibt außen vor. Die Kommission sollte auch mehr für die Förderung des Forschungspotenzials dieser Regionen tun, denn sage und schreibe 80% der biologischen Vielfalt der EU ist in den Regionen in äußerster Randlage zu finden. Durch europäische Netze und Cluster könnten lokale Forscher ermutigt und unterstützt werden.

In der Stellungnahme geht es in weiten Teilen um Möglichkeiten der Förderung der regionalen Zusammenarbeit, wodurch der geostrategische Einfluss der EU gestärkt würde. Es wird ein Dialog zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Regionen in äußerster Randlage und ihren Nachbarn gefordert, um ihnen die Mitsprache in Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten zu ermöglichen.

Der EWSA argumentiert zudem, dass mithilfe eines neuen Erasmus-Mundus-Programms der Austausch zwischen jungen Menschen in Nachbarregionen gefördert und zur Stärkung der europäischen Identität und Kultur beigetragen werden könnte. Weiterhin würde die Einrichtung von EU-Außendienststellen in den Regionen in äußerster Randlage die Sichtbarkeit und Präsenz der Union vor Ort stärken, einen Kanal für den direkten Kontakt bieten und dafür sorgen, dass die lokalen Gebietskörperschaften nicht mehr über die nationalen Hauptstädte kommunizieren müssen.

Schließlich ruft der EWSA die Kommission zu einer umgehenden Analyse der Anwendung von Artikel 349 AEUV auf, der es ermöglicht, die besondere Situation der Regionen in äußerster Randlage bei der EU-Politikgestaltung zu berücksichtigen. Dies geschieht in der Überzeugung, dass die Chancen, die er bietet, nicht in vollem Umfang genutzt werden.

## Weitere Informationen

- **Die EU-Gebiete in äußerster Randlage und der Binnenmarkt:** [http://ec.europa.eu/internal\\_market/outermost\\_regions/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/outermost_regions/index_de.htm)
- **Regionalpolitik der EU:** [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/activity/outermost/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/activity/outermost/index_de.cfm)
- **EWSA-Stellungnahme:** [www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eco-opinions.23907](http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eco-opinions.23907)
- **Video zu den Regionen in äußerster Randlage:** [www.youtube.com/watch?v=iiOXDI0mEsl](http://www.youtube.com/watch?v=iiOXDI0mEsl)